

## **Salvini am Brenner: Heimatpfleger fordern Solidarität mit Autobahnrainern und Nordtirol**

**Der italienische Verkehrsminister hat am 9. Oktober auf dem Brenner gegen die Tiroler Transitverkehrsmaßnahmen protestiert. Statt vor dem Europäischen Gerichtshof für noch mehr Transitverkehr zu klagen, sollte Minister Salvini endlich Gerichtsurteilen zur Luftverschmutzung längs der A22 Folge leisten und Regierungsverpflichtungen zum Klimaschutz umsetzen, fordert der Heimatpflegeverband Südtirol.**

2022 haben 2,48 Mio. LKW den Brenner gequert, Tendenz steigend, 29,5 % davon sind laut „Mobilitätsplan 2035“ Umwegverkehr. Der gesamte innere Alpenbogen (Fréjus bis Brenner) wurde 2021 von 5 Millionen schweren Straßengüterfahrzeugen gequert, der größte Teil fährt über den Brenner. Allein 39,7 Mio. von insgesamt 72,5 Mio. Tonnen (54,7 %) des Straßengüterverkehrs hat die Brennerroute geschluckt. Und bis 2040 soll das Verkehrsvolumen auf der A22 trotz Inbetriebnahme des BBT 2032 gemäß Südtiroler Mobilitätsplan um bloß 10,7 % sinken. „Da fragt man sich schon, in welcher Welt Minister Salvini eigentlich lebt, wenn er heute am Brenner für freie Fahrt für LKW demonstriert,“ zweifelt Heimatpflegeobfrau Claudia Plaikner. „Wenn sich an der Situation nichts ändert, wird die Brennerautobahn auf Jahrzehnte hinaus Mensch und Umwelt zwischen Kufstein und Verona weiterhin belasten.“

### **Verkehrsemissionen: Italiens ungelöstes Problem**

Wird die Brennerroute nicht verteuert und reglementiert – mit Priorität auf die Auslastung der schon bestehenden Bahnkapazitäten –, werden weder der Umwegverkehr noch der Gesamtverkehr auf der A22 sinken. Dabei stehen Umweg- statt Bestwegverkehr grundsätzlich in Widerspruch zu den Klimazielen und zur Mobilitätsstrategie der EU. So hat die EU im Klimagesetz vom 21. Juni 2021 die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um -55 % bis 2030 festgelegt, Italien hat sich mit seinem Klimaplan PNIEC verpflichtet, bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um -40 % zu reduzieren. Der Verkehr ist in Italien der einzige Bereich, in welchem die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 nicht abgenommen, sondern bis 2022 sogar um 10 % zugenommen haben. 90 % dieser Emissionen stammen aus dem Straßenverkehr. Nur 5 % des verkehrsbedingten Energieverbrauchs Italiens stammen aus erneuerbarer Energie (grünem Strom). Die Forderung Salvinis nach freier Fahrt für fossil betriebene LKW geht daher klar in die falsche Richtung.

### **NO<sub>2</sub>-Grenzwerte regelmäßig überschritten**

„Minister Salvini möge nicht nur die Realität und die eigenen Verpflichtungen zum Klimaschutz zur Kenntnis nehmen, sondern endlich Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxidbelastung längs der Brennerachse angehen,“ fordert daher der Heimatpflegeverband. Die Überschreitung der NO<sub>2</sub>-Grenzwerte (derzeit 40 µg/m<sup>3</sup>) an allen Messstellen der A22 ist seit 2010 von Landes- und Staatsstellen eindeutig erhoben worden und besteht nach wie vor. Selbst das staatliche ISPRA hat schon vor Jahren die sofortige Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit für PKW gefordert. Die später im Unterland eingerichtete Versuchsstrecke mit PKW-Höchstgeschwindigkeitsempfehlung hat nachgewiesen, dass ein solches Geschwindigkeitslimit die NO<sub>2</sub>-Emission deutlich senkt. Daraufhin ist aber wenig geschehen: Das ab 2023 im Rahmen des Projekts BrennerLec vorgesehene freiwillige Tempolimit an 5 kurzen Autobahnabschnitten der A22 mit „dynamischer Geschwindigkeitsbegrenzung“ ist in dieser Hinsicht absolut unzureichend.

Mit ihrer Untätigkeit bricht die Regierung nicht nur geltendes Recht bei der Einhaltung der Grenzwerte, sondern missachtet auch Gerichtsurteile. Laut Urteil des TAR Latium vom 17. April 2018 muss das beim

Verkehrsministerium angesiedelte Technische Komitee Maßnahmen zur Senkung dieser Emission treffen. Trotzdem ist das Ministerium unter Missachtung dieses Urteils untätig. Auch eine am 10. Dezember 2018 vom TAR Latium ernannte Sonderkommissarin hat dieses Urteil bisher nicht umsetzen können.

### **Italien braucht Mengenbegrenzung**

Damit ist Italien seit mehr als einem Jahrzehnt säumig, längs der A22 die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte beim NO<sub>2</sub> einzuhalten. Nun hat das EU-Parlament im September 2023 beschlossen, gemäß WHO-Empfehlung die Grenzwerte bei Stickstoffdioxid, Ruß (PM), Ozon und Schwefeldioxid weiter zu verschärfen. Italien steht damit nicht nur in der Pflicht, endlich den geltenden Grenzwert einzuhalten, sondern muss sich auf die neuen, tieferen Grenzwerte einstellen. Dies kann nur durch eine Mengenbegrenzung der Fahrten insgesamt, eine Geschwindigkeitsbegrenzung für PKW, neue Anstrengungen zur Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene und zur Senkung des Umwegverkehrs über den Brenner geschehen.

### **Forderung nach klaren Aktionen gegen Luftverschmutzung und für Verkehrsreduktion**

„In diesem Sinn fordern wir Minister Salvini und die italienische Regierung auf, seine rechtswidrige Blockadepolitik in Sachen Luftverschmutzung an der A22 zu beenden, sofort dem Urteil des TAR Latium vom 17.4.2018 Folge zu leisten und alle zweckdienlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Senkung der NO<sub>2</sub>-Belastung längs der A22 anzuordnen,“ so der Heimatpflegeverband. „Wir fordern Minister Salvini auf, die EU-Vorgaben beim Klimaschutz und die Ziele des nationalen Klimaschutzprogramms PNIEC zu achten, die eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um -40% bis 2030 gegenüber 1990 vorsehen.“ In diesem Sinn müsse die klimaschädliche Subventionierung des Dieseltreibstoffs für Frächter abgebaut werden. Die Regierung dürfe keine weiteren Anreize für noch mehr Transitverkehr auf der A22 setzen wie Mautsenkungen und eine dritte Fahrspur Verona Nord-Bozen Süd.

An die Südtiroler Landesregierung richtet der Heimatpflegeverband den Appell, nicht nur zu „Vermittlungen“ zwischen Salvini und Tirol aufzurufen, sondern die Maßnahmen des Bundeslands Tirols wie Nachtfahrverbot, Blockabfertigung, Geschwindigkeitsbegrenzungen u.a.m. aktiv und deutlich zu unterstützen.

„Der Auftritt Salvinis am Brenner ist“, so Plaikner, „nicht nur widersinnig, sondern kontraproduktiv. Der Südtiroler Landtag sollte seine Solidarität mit dem Nordtiroler Landtag aussprechen, der sich am 5. Oktober dieses Jahres einstimmig gegen die Forderungen von Salvini gestellt hat. Es ist Zeit für konkrete Maßnahmen statt leerer Proteste.“